

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Forschungsminister Heinz Riesenhuber.

Aus der Schlinge ziehen könnte Riesenhuber sich nur, wenn sichtbar Bewegung in das Genehmigungsverfahren des Brüters käme und die Strommanager dadurch wieder spendabel würden. Deshalb drängt Riesenhuber seit Monaten seinen Kollegen Klaus Töpfer, den Reaktorsicherheitsminister, in Sachen Kalkar aktiv zu werden.

Nach den Vorstellungen Riesenhubers soll Töpfer die nordrhein-westfälische Landesregierung anweisen, die nächste Teilgenehmigung für den Brüter-Betrieb zu erteilen. Das sozialdemokratische Kabinett in Düsseldorf, so der Vorwurf der Bundesregierung, zögere diese Genehmigung nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen hinaus, weil es den Brüter auf keinen Fall ans Netz gehen lassen wolle.

Töpfer weiß, warum Riesenhuber ihn mit ins Spiel ziehen will. Erteilt der Reaktorsicherheitsminister keine Weisung an die Düsseldorfer, kann der Forschungsminister ihm die Schuld am Scheitern des Reaktors zuschieben. Übt Töpfer aber Druck auf die Nordrhein-Westfalen aus und scheitert er, wie zu erwarten ist, bei den dann ausbrechenden juristischen Auseinandersetzungen vor Gericht, bleibt das unruhliche Ende des Brüters ebenfalls mit seinem Namen verbunden.

Töpfer ist schlau genug, nicht in diese Falle zu tappen. In einem Brief an den Bundeskanzler erteilte er den Brüter-Befürwortern im Kabinett und in der Fraktion Rechtsbelehrung: „Der Bund darf keinen direkten Bundesvollzug an die Stelle des Landesvollzugs setzen.“ Schlußfolgerung: Die Sicherheitsfragen sind letztlich nur im Einvernehmen mit der Genehmigungsbehörde in Düsseldorf beiseite zu räumen, und das braucht Jahre. Jeder Monat Verzögerung aber kostet zwischen 10 und 20 Millionen Mark.

Nur zum Schein will Töpfer gegenüber den Düsseldorfern Stärke demonstrieren. In dieser Woche sollen drei „handlungsleitende Weisungen“ an NRW-Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen losgelassen werden.

In diesen Weisungen verbietet der Bundes- dem Landesminister lediglich, die Genehmigung mit bestimmten, genau präzisierten Gründen abzulehnen. Jochimsen aber ist auf diese Gründe bei der Ablehnung des Brüters gar nicht angewiesen, er hat genügend andere stichhaltige Einwände gegen den Brutreaktor zur Hand. Eine Genehmigung ist daher nach wie vor nicht in Sicht.

230 Millionen Mark hat Riesenhuber bereits in das kurz vor der Pleite stehende Projekt in Kalkar gesteckt. Zu schön wäre es gewesen, hätte er die Abwicklung des Konkurses seinem Nachfolger überlassen können.

ATOMENERGIE

Geträbiges Ungeheuer

Ein fehlgeplanter Reaktor der US-Firma Lilco bringt jeden Tag eine Million Dollar Verlust. Nun soll der Moloch – wie viele andere US-Reaktoren – dichtgemacht und abgeschrieben werden.

Am 29. März, Dienstag vor Ostern, stellten die Manager der Energie-Überwachungsbehörde Long Island Power Authority die Gesetze des US-Kapitalismus auf den Kopf.

Beraten von Wall-Street-Profis, boten sie den Aktionären der privaten Strom-



New-York-Gouverneur Cuomo
„Letzter Nagel zum Sarg“

gesellschaft Long Island Lighting Company (Lilco) 8,75 Dollar Abfindung je Aktie an – bei 110 Millionen Lilco-Papieren etwa 7,45 Milliarden Dollar.

Mit ihrem Verstaatlichungsversuch wollen die vom demokratischen New Yorker Gouverneur Mario Cuomo gestützten Staatsdiener ein Problem lösen, das die Kräfte der Privatwirtschaft offenbar überfordert: die Stilllegung eines nagelneuen, aber fehlgeplanten Atomkraftwerks.

1985 hatte die Lilco nach mehr als 15-jähriger Bauzeit das 854-Megawatt-Kernkraftwerk Shoreham fertiggestellt und dafür 5,3 Milliarden Dollar ausgegeben. Aber schon seit 1983 hatten Regierungsvertreter und Umweltschützer verlangt, daß die nukleare Stromfabrik gar nicht erst in Betrieb gehen dürfe: Die sieben Millionen auf Long Island leben-

den Menschen seien im Falle eines Reaktorunfalls nicht zu evakuieren.

Widerwillig erlaubten die Behörden der Lilco, den Reaktor im Probebetrieb bis zu maximal fünf Prozent der geplanten Vollast hochzufahren. Doch dann verwarf die Nuclear Regulatory Commission (NRC) den Lilco-Evakuierungsplan als „fundamental unzufriedenstellend“ – „das“, so kommentierte Gouverneur Cuomo, „war der letzte Nagel für Shorehams Sarg“.

Solange sie weiter betrieben wird, bringt die Milliardenanlage der Lilco täglich eine Million Dollar Verlust, der bislang allerdings auf die Verbraucher abgewälzt wird: Lilco-Kunden zahlen den dritthöchsten Strompreis in den USA. Damit das so nicht weitergeht, will der Staat New York das gefräßige Ungeheuer Shoreham möglichst auf einen Schlag abschreiben und dichtmachen.

Sicherheitsrisiken, Kapitalverluste und hohe Preise für Reaktorstrom haben die Atomkraftwerke zum Alptraum der US-Elektrizitätsindustrie werden lassen. Das ruiniöseste Kernkraftwerk liegt nur 300 Kilometer nordöstlich von Shoreham, nahe der Millionenstadt Boston: Die 1986 für 5,2 Milliarden Dollar fertiggestellte nukleare Stromfabrik Seabrook durfte bisher überhaupt nicht anlaufen, weil eine Evakuierung der Umgebung unmöglich ist.

Ein Gerichtshof des US-Bundesstaates New Hampshire, auf dessen Gebiet Seabrook steht, verbot zudem auch noch die Überwälzung der Seabrook-Kosten auf den Verbraucher. Dieses Frühjahr mußte deshalb die Public Service Company of New Hampshire, 36-Prozent-Eignerin des Kraftwerks, Vergleich anmelden.

Zwar behaupten die Atombefürworter auch in den USA, Atomstrom sei preiswert und notwendig: Über 100 Kernkraftblöcke produzieren 100 000 Megawatt elektrische Leistung – 17 Prozent des in den USA verbrauchten Stroms. Aber schon seit 1978 hat es keine US-Versorgungsfirma mehr gewagt, noch ein Kernkraftwerk zu bestellen. Und so wird es wohl auch bleiben.

Besonders nach der Beinahe-Katastrophe von Harrisburg haben die Überwachungsbehörden auf Druck der Bürgerbewegung die Sicherheitskriterien für Atomkraftwerke höhergeschraubt. 13 Prozent der alten US-Atommeiler liegen gegenwärtig wegen technischer Pannen und Unzulänglichkeiten still. Bei 60 noch nicht fertiggestellten Kernkraftwerken sind inzwischen die Bauarbeiten eingestellt worden. Charles Komanoff, atom-

kritischer Autor und Berater von Energieunternehmen, schätzt die Kapitalverluste allein durch stillgelegte Kraftwerksbauten auf ungefähr 50 Milliarden Dollar. Die Abschreibungen in den Bilanzen der Kernkraftwerksbetreiber auf Bauruinen und nicht voll genutzte Atomkapazität erreichen dreistellige Milliardenbeträge.

Mit den Sicherheitsauflagen stiegen die Baukosten. Kein Kernkraftwerk, das gegenwärtig in den USA noch gebaut wird, kostet weniger als fünf Milliarden Dollar, bei manchen bewegt sich der Preis auf die doppelte Summe zu.

Einen großen Teil des Kostenschubs verursacht der Kapitaleinsatz. Die Zeiträume zwischen Bestellung und Ablieferung eines US-Kernkraftwerks dehnen sich oft auf zwei Jahrzehnte.

Valley Authority (TVA), mit dem Ablieferungsdatum 1996, Verspätung: 18 Jahre, Betriebsbeginn ungewiß.

Bei vielen anderen Projekten wachsen die Zweifel, ob sie jemals fertig werden. Der Anstieg des US-Stromverbrauchs, vor zwei Jahrzehnten noch bei jährlich acht Prozent, stagniert inzwischen. Außer mit Sicherheitsauflagen hat sich die US-Stromindustrie auch noch mit drohenden Überkapazitäten herumzuschlagen – und steht damit vor einem ruinösen Preiskrieg. Zusätzliche Kernkraftwerke stören da nur.

Als gefährdet gelten deshalb die Baustellen der TVA-Reaktoren Bellefonte 1 und 2. Die gleichfalls von der Tennessee Valley Authority bestellten Nuklearanlagen Watts Bar 1 und 2 liegen bereits still, weil zu viele Nachbesserungsarbeiten nötig wären.

Fehler nachgewiesen, daß die Überwachungsbehörde NRC immer wieder neue Verbesserungen des Sicherheitsstandards anordnen mußte. Das 1974 leichtfertig mit nur 779 Millionen Dollar Investitionssumme veranschlagte Kernkraftwerk hat bereits 7,7 Milliarden Dollar gekostet.

Juanita Ellis, deren Haus mit Ausnahme des Schlafzimmers eine einzige Aktenkammer geworden ist, glaubt dennoch nicht, daß die Anlage je ganz sicher sein wird. George Crawford, Physiker an der Southern Methodist University in Dallas, sieht das auch so: „Sie haben ihn geändert – von einer völlig unsicheren Anlage in eine, hinter deren Sicherheit man Fragezeichen setzt.“

Solche Fragezeichen stehen auch hinter dem technischen Standard der staats-eigenen Nuklearbetriebe Amerikas. So liegt etwa der Reaktor in der Hanford Nuclear Reservation im Staate Washington seit 14 Monaten wegen Grundüberholung still. Weil er der größte Plutonium-Produzent der Atombomben-Nation ist, gilt er als politisch wichtig.

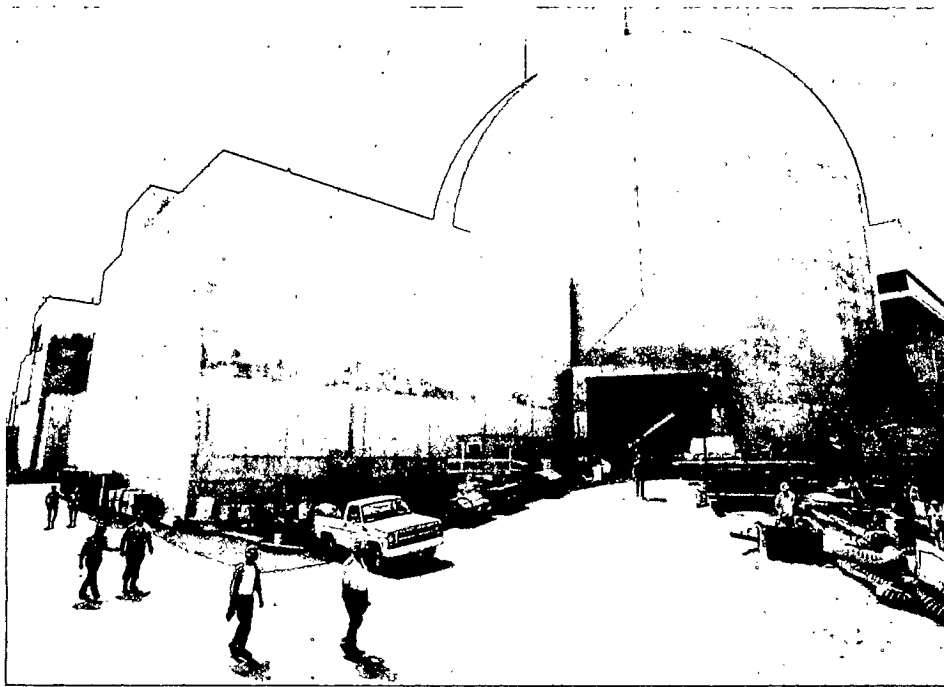
Anfang Februar beschloß das Department of Energy in der Bundeshauptstadt Washington dennoch, das Monster nie wieder anlaufen zu lassen. Der Hanford-Meiler, entschieden die Beamten, habe technisch zuviel Ähnlichkeit mit dem Reaktor von Tschernobyl. Kurz darauf stellte auch der Versuchsreaktor der Universität Georgia in Atlanta seinen Betrieb ein.

Gelegentlich, so die Erfahrung der Atomverstromer, läßt sich auch mit noch so vielen Nachbesserungen nichts ausrichten. So mußte die private Carolina Power & Light bei ihrem H.-B.-Robinson-Reaktor feststellen, daß sich die unzulässige Dosis Radioaktivität, die der Reaktor streut, auch durch stets neue Sicherheitsauflagen nicht senken ließ.

Nervös geworden, begann das US-Atommanagement Techniker zu feuern, die der Überwachungsbehörde NRC Informationen gegeben hatten. Die Behörde, der in einem Kongreß-Bericht vom vergangenen Dezember bedenkliche Nähe zur Atomwirtschaft nachgesagt wird, tut wenig, die Namen von Informanten für sich zu behalten.

Viele Techniker in Atomkraftwerken behalten deshalb ihre Kenntnisse lieber für sich. Jeder Hinweis auf mangelnde Sicherheit könnte sich in Zukunft nachteilig auf das Haftungsrisiko der Branche auswirken – und damit wieder auf die Betriebskosten. Vergangenen Monat ist es der Atomlobby in Zusammenarbeit mit der US-Regierung noch einmal gelungen, die Haftung bei Reaktorunfällen auf die Allgemeinheit und die Geschädigten abzuschieben. Mit der Wettbewerbsfähigkeit des Atomstroms aber sieht es dennoch schlecht aus.

US-Stromgesellschaften, die Atomreaktoren betreiben, müssen bundesweit die höchsten Stromtarife verlangen. Teu-



Ungenutzte Reaktor-Anlage Seabrook: Ruinösestes Kernkraftwerk der USA

Wenn der Bau vollendet ist, zeigt er entweder veraltete Technik vor, oder er wird mehrfach aufwendig nachgebessert. Zwischen Ablieferung und Betriebs-erlaubnis liegen gelegentlich weitere Jahre.

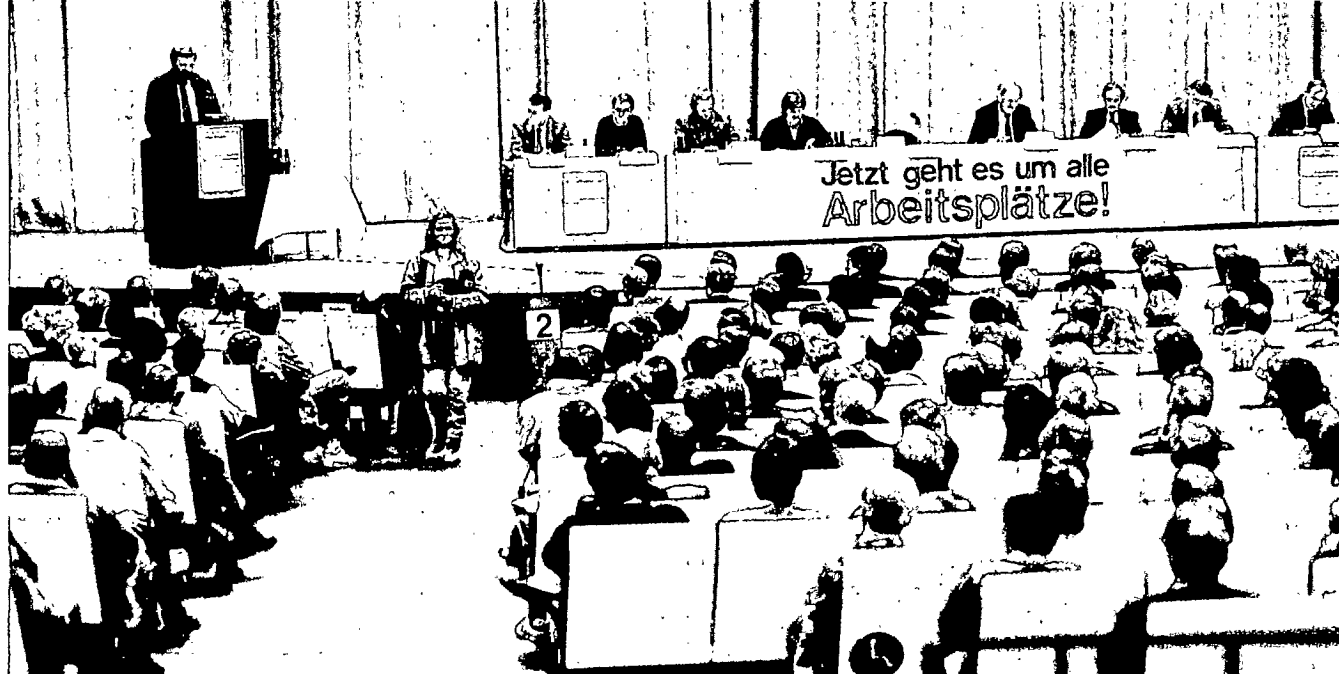
Shoreham auf Long Island etwa sollte bereits 1975 voll ans Netz gehen. 1988, 13 Jahre danach, ist die Anlage davon weiter entfernt denn je. Ähnlich steht es mit Seabrook. Das Kernkraftwerk Hope Creek in New Jersey hatte im März 1978 abgeliefert werden sollen, ging aber erst im Februar 1987 in Betrieb: neun Jahre Verspätung. Der Reaktor Fermi 2 in Michigan wurde im September 1987 mit 13 Jahren Verspätung angeworfen.

Bei einigen noch in Bau befindlichen Reaktoren kann es weit schlimmer kommen. Seit 1978 sollte das Atomkraftwerk Bellefonte 2 fertig sein. Nun rechnet der Auftraggeber, die Tennessee

Das Kernkraftwerk Grand Gulf 2 in Missouri, mit dessen Bau gerade erst begonnen wurde, wird mit Sicherheit nicht mehr fertiggestellt. Die Inbetriebnahme der drei texanischen Strommeiler Comanche Peak 1 und 2 bei Dallas und South Texas 2 bei Houston ist zumindest zweifelhaft.

Besonders gegen die Comanche-Peak-Anlagen, die ursprünglich schon von 1980 und 1982 an Strom produzieren sollten, richtet sich die Wut der Umweltschützer. Anführerin der privaten Bürgerwehr ist die Hausfrau Juanita Ellis aus Dallas, die anfangs eher gefühlsmäßig Widerstand leistete und sich inzwischen zu einem Angstgegner für das Management der Texas Utilities entwickelt hat.

Die Hausfrau hat den Konstrukteuren und den Auftraggebern der 40 Kilometer von Dallas gelegenen Reaktoren so viele



Betriebsversammlung des Springer-Verlags*: „Wir ahnten, daß es nicht zu Ende ist“

erster Stromverkäufer ist die Consolidated Edison in New York, eine Firma mit mehreren Kernkraftwerken. An zweiter Stelle folgt die San Diego Gas and Electric Company im südlichen Kalifornien, die drei Kernkraftwerke betreibt. Der Strom, den sie liefert, ist fünfmal so teuer wie der Strom, den die reiche Gemeinde Palo Alto im gleichfalls süd-kalifornischen Silicon Valley mit herkömmlichen Kraftwerken erzeugt.

Auch wenn die Betreiber von Kernkraftwerken ihre Kosten bislang noch an die Kundschaft überwälzen können – vor Einbrüchen in den eigenen Markt können sie nicht mehr sicher sein. So verliert die atombesessene Lilco in Long Island demnächst ihren größten Kunden: Die Flugzeug- und High-Tech-Firma Grumman baut sich kurzerhand ein eigenes Kraftwerk, das mit Gas betrieben wird.

Die Überschußproduktion daraus, das ist tröstlich, soll dann billig an die teure Lilco gehen.

SPRINGER

Fliegender Holländer

Der Machtkampf um den Springer-Verlag geht weiter. Gewinnt der Filmhändler Leo Kirch, oder ist er schon wieder am Ende?

Beim Axel Springer Verlag in Berlin Bund Hamburg herrscht seit Monaten ein ständiges Kommen und Gehen. Doch es ist immer derselbe Mann, der das größte deutsche Zeitungshaus in Atem hält, weil er sich nach Art eines Fliegenden Holländers in Szene setzt und dann plötzlich wieder von der Bildfläche verschwindet: Leo Kirch.

Im März hatte es noch den Anschein, als bekomme der Münchner Filmgrosso-

den Konzern von „Bild“, „Welt“ und „Hörzu“ endgültig in den Griff. Ein Aktienpool mit den Brüdern Franz und Frieder Burda, so hieß es, verschaffe Kirch beherrschenden Einfluß, seine „Machtübernahme“ bei Springer sei damit gesichert.

Im Pool der Burdas mit Kirch, verkündete Springer-Vorstandschef Peter Tamm auf einer Betriebsversammlung am Freitag vorletzter Woche, solle „das Stimmrecht für ihre 52 Prozent Springer-Aktien künftig gebündelt werden“. Vor 3500 Springer-Mitarbeitern im Hamburger Congress Centrum traten Vorstand und Betriebsräte des Pressekonzerns gemeinsam auf. Tamm wandte sich gegen „Versuche von interessierter Seite, Differenzen und Probleme in unser Haus hineinzutragen“.

Die Kehrtwende unter den Springer-Eigentümern schien bevorzustehen: ein „friendly take-over“, wie Kirch und die Burdas beteuerten, ein „unfriendly take-over“, wie die überspielten Erben Axel Springers monierten, die über 27,1 Prozent der Aktien verfügen.

„Wir ahnten, daß es nicht zu Ende ist“, klagte Verlegerwitwe Friede Springer über Kirchs Machtansprüche. Auch die anderen Testamentsvollstrecker, Bernhard Servatius und Ernst Cramer, stellten sich gegen das neue „Syndikat“. Schon sah es so aus, als sei den Studentenprotesten der sechziger und siebziger Jahre („Enteignet Springer“) ein später Erfolg nach kapitalistischem Strickmuster beschieden: „Das Syndikat enteignet Springer“, spottete die „Zeit“.

Inzwischen liest sich alles wieder ganz anders, Kirch scheint erneut aus dem Spiel. Einstimmig registrierten „Bild“ und das „Hamburger Abendblatt“ am vorletzten Wochenende eine „überraschende Wende“ im Kampf um ihr Mut-

terhaus. „Entgegen allen Annahmen“, schrieb auch die „Welt“, habe Kirch noch längst keine Schachtelbeteiligung am Springer-Verlag beisammen – jedenfalls „nach Auskunft des Bundeskartellamtes“ nicht.

Nach einer Gesprächsrunde mit Vertretern Kirchs und der Burda-Brüder wartete das Berliner Kartellamt mit der trockenen Pointe auf, der angebliche Mehrheitspool der Take-over-Partner bringe „im Augenblick nicht allzuviel“. Die Burdas hielten zwar, bestätigte das Amt, 26 Prozent bei Springer, aber Kirch sei davon „noch eine ganze Ecke entfernt“; beide zusammen erreichten bei weitem nicht die angekündigte 52-Prozent-Majorität.

Die Machtübernahme durch die Burda-Kirch-Partei mußte offenbar ausfallen – mangels Masse. Doch gar so simpel, wie es zunächst den Anschein hatte, hat sich der Fall denn doch nicht erledigt. Wie immer bei Leo dem Listigen geht es etwas hintergründiger zu.

Vor allem hat Kirch selbst nie behauptet, er habe 26 Prozent der Springer-Aktien gekauft. Offiziell hält der Filmgrossoist nur zehn Prozent, die er 1985, noch mit Zustimmung Axel Springers, erworben hatte. Doch im Juni letzten Jahres teilte er dem Aufsichtsrat mit, er könne mit 26,1 Prozent der Aktien „disponieren“.

Damit bekundete Kirch, er verfüge unter den Aktionären über Mittelsmänner, Treuhänder oder Sympathisanten, die für ihn und seine Interessen stimmen würden. Genau so geschah es.

Auf der Springer-Hauptversammlung Anfang August letzten Jahres in Berlin mußte ein neuer Mann in den Aufsichtsrat gewählt werden. Denn Verleger Hubert Burda schied aus. Er hatte den väterlichen Illustriertenverlag („Bunte“) allein übernommen und dafür seinen Brüdern Franz und Frieder den gemein-

* Am 8. April in Hamburg.